

Monatsspiegel



Oktober 2013



Adressaufkleber

SPD

Erlangen

WIR entscheiden: Auf die Inhalte kommt es an!

Die Wahlergebnisse der Landtags- und Bundestagswahlen sind enttäuschend – da hilft kein Schönreden. Wir haben unsere Wahlziele nicht erreicht. Die Unionsparteien sind stärker denn je: Die CSU kann in Bayern wieder alleine regieren, die SPD ist nur in den Metropolen und den sie umgebenden Landkreisen stark. In der bayerischen Fläche sind wir nahezu bedeutungslos geworden.

Auf Bundesebene ist es Merkel gelungen, ihre Strategie erfolgreich umzusetzen: Es gab keine Stellungnahme zu kontroversen Themen und einen Wohlfühlwahlkampf, um zu vermeiden, dass potentielle Wähler des politischen Gegners mobilisiert werden („asymmetrische Demobilisierung“). Die FDP hat die verdiente Quittung für ihre miserabile Politik bekommen. Unser Wahlkampf war kein toller, unsere Gewinne nicht groß genug, um die Verluste anderer Oppositionsparteien auszugleichen. Wir befinden uns in der Situation einer blockierten Demokratie: Die Union kann – ein schwacher Trost – nicht allei-

ne regieren. Der Druck auf die SPD, den Weg zu einer Großen Koalition einzuschlagen, wächst.

Sondierungsgesprächen können wir uns nicht verweigern. Aber: Künftige Politik muss das Leben der Menschen besser machen. Deshalb muss es einen klaren Politikwechsel geben. Mit der SPD gibt es kein „Weiter so“ für eine Politik, die wir vier Jahre lang bekämpft haben. Wenn am Ende der Gespräche ein Koalitionsvertrag stehen sollte, sollen alle Mitglieder entscheiden, ob er angenommen wird.

Politik für die Menschen

Es kommt auf die zentralen Inhalte an, mit denen wir zur Wahl angetreten sind. Zu diesen gehören ein gerechteres Steuersystem, unter anderem durch die Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf mindestens 49 Prozent und die Einführung einer Vermögenssteuer, die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes von mindestens 8,50 Euro in der Stunde, die Gleich-

■ **Von Dieter Rosner**
SPD-Kreisvorsitzender



stellung von Frauen und Männern in der Arbeitswelt, die Bürgerversicherung, die Abschaffung des Betreuungsgeldes, die Bekämpfung des Missbrauchs von Leiharbeit, Befristungen und Werkverträgen sowie die rasche und entschlossene Umsetzung der Energiewende.

Um glaubwürdig zu bleiben und verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen müssen wir standhaft bleiben und alles daran setzen, unsere zentralen inhaltlichen Positionen auch umzusetzen. Deshalb kann und darf es keine Regierungsbeteiligung geben, bei der diese Inhalte nicht das Regierungshandeln bestimmen. Wir wollen keine große Koalition – das hat auch die letzte Kreismitgliederversammlung einstimmig so beschlossen.

Fortsetzung auf Seite 3

■ Termine

05.10.	09:30	Haushaltsseminar der Stadtratsfraktion	Wabene	S. 4
07.10.	20:00	Linkes Forum Mittelfranken	Orpheus	S. 12
08.10.	20:00	Distrikt Frauenaarach: Distriktsversammlung	TSV Frauenaarach	S. 17
08.10.	20:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammlung	Schlossgaststätte	S. 18
08.10.	20:00	Jusos: Sitzung	August-Bebel-Haus	S. 19
09.10.	19:00	Distrikt Süd: Distriktsversammlung	Röthelheim-Biergarten	S. 18
15.10.	19:00	Distrikt Eltersdorf	Schützenhaus	S. 17
15.10.	19:30	Distrikt Anger: Distriktsversammlung	Angerwirt	S. 17
16.10.	15:00	60plus: Mitgliederversammlung	August-Bebel-Haus	S. 19
16.10.	19:00	Distrikt Ost: Distriktsversammlung	AWO	S. 17
16.10.	20:00	Arbeitskreis Wirtschaftspolitik	August-Bebel-Haus	S. 4
16.10.	20:00	Distrikt West: Distriktsversammlung	Zur Einkehr	S. 18
17.10.	20:00	Kreismitgliederversammlung	Turnerbund	S. 3
22.10.	19:00	JA! Erlangen gemeinsam gestalten: Ehrenamt	Kultursaal Museumswinkel	S. 5
22.10.	20:00	Jusos: Sitzung	August-Bebel-Haus	S. 19
23.10.	20:00	Arbeitskreis Frieden und Internationalismus	August-Bebel-Haus	S. 4
28.10.	20:00	Dialog Würzburger Ring	Zur Einkehr	S. 18
05.11.	20:00	Jusos: Jahreshauptversammlung	Orpheus	S. 19
07.11.	17:00	Übergabe SPD-Archiv	Stadtarchiv	S. 5
10.11.	12:00	Distrikt Tennenlohe: Gansessen	Schlossgaststätte	S. 4

Kontakt

Kreisverband Erlangen-Stadt
 Vorsitzender: Dieter Rosner
 Mitarbeiter: Patrick Rösch
 Friedrich-List-Straße 5,
 91054 Erlangen
 Telefon: 09131-8126522
 Fax: 09131-8126513
 E-Mail: buero@spd-erlangen.de
 Internet: www.spd-erlangen.de
 Bankverbindung: Sparkasse Erlangen,
 BLZ 76350000, Konto-Nr. 12005

Bürozeiten:

Montag 13:00 bis 15:00 Uhr
 Mittwoch 14:00 bis 16:00 Uhr
 Donnerstag 11:00 bis 13:00 Uhr

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen
 Vorsitzender: Dr. Florian Janik
 Geschäftsführer: Gary Cunningham
 Rathausplatz 1
 91052 Erlangen
 Telefon: 09131-86-2225
 Fax: 09131-86-218 1
 E-Mail: spd.fraktion@stadt.erlangen.de
 Internet: www.spd-fraktion-erlangen.de

Bürozeiten

Montag 10:00 bis 14:00 Uhr
 Dienstag 10:00 bis 14:00 Uhr
 Donnerstag 09:00 bis 12:00 Uhr

Impressum

Herausgeber
 SPD-Kreisverband Erlangen, Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen
 monatsspiegel@spd-erlangen.de

Redaktion und Mitarbeit: Philipp Dees (pd, presserechtlich Verantwortlicher, Anschrift wie oben), Lars Thomsen, Sandra Radue (sr), Patrick Rösch (pr), Christofer Zwanzig (cz), Gary Cunningham (gh)

Druck: Gutenberg Druck und Medien, Uttenreuth

Auflage: 700 Stück

Raus aus der Bündnisstarre

Das Bundestagswahlergebnis zeigt: Wenn die SPD wieder als führende Regierungspartei links von CDU/CSU Verantwortung übernehmen will, dann bietet ein rot-rot-grünes Bündnis die größten inhaltlichen Übereinstimmungen. Es war ein Fehler, eine Koalition mit der Linken kategorisch auszuschließen. Deshalb müssen wir mehr Demokratie wagen im Verhältnis der Parteien zueinander. Die SPD muss ihre Ächtung der Linkspartei endlich beenden, damit Koalitionen jenseits der Union wieder möglich werden.

Der Umgang mit der Linken muss von Tabus befreit und endlich von einer inhaltlichen Auseinandersetzung geprägt werden. Wir brauchen eine klare Alternative für linke Mehrheit in Deutschland, die für mehr Gerechtigkeit sorgt! Deshalb müssen wir in der Partei in einer offenen, fairen und konstruktiven Diskussion unsere Richtung und unseren Kurs aushandeln und diesen durch eine Mitgliederbefragung legitimieren.

Blick nach Erlangen: Frauenpower in den Parlamenten

Bei aller Enttäuschung über die verlorenen Wahlen: Es ist uns in Erlangen gelungen, nach einem engagierten Wahlkampf den Abwärtstrend der letzten Jahre zu stoppen und wieder leicht zuzulegen. Philipp Dees hat mit seiner Erst-Kandidatur zum bayerischen Landtag einen echten Achtungserfolg errungen und konnte im Vergleich zur letzten Wahl in Erlangen leicht zulegen. Leider hat es nicht zum Einzug in den bayerischen Landtag gereicht. Die strukturelle Benachteiligung Erlangens durch die Stimmkreiseinteilung müssen wir dringend zum Thema machen.

Alexandra Hiersemann hat im zweiten Anlauf durch ein sehr gutes Erststimmenergebnis im Landkreis und einen Zuwachs bei den Zweitstimmen in ganz Mittelfranken den Einzug in den bayerischen Landtag geschafft. Wir freuen uns, dass Alexandra künftig auch Erlangen als Betreuungsabgeordnete im bayerischen Landtag vertreten wird.

Gisela Niclas hat den Wiedereinzug in den Bezirkstag souverän geschafft und mit einem persönlichem Zuwachs von knapp zwei Prozent bei den Erststimmen den verdienten Erfolg für ihre engagierte Arbeit für soziale Gerechtigkeit und Inklusion erhalten.

Auch über das Bundestagswahlergebnis in Erlangen können wir uns sehr freuen. Martina Stamm-Fibich hat den Einzug in den Deutschen Bundestag geschafft. Ein Zuwachs von knapp drei Prozent bei den Erststimmen und vier Prozent bei den Zweitstimmen in Erlangen ist ein ermutigendes Zeichen und stärkt uns den Rücken mit Blick auf die Kommunalwahlen im März 2014.

Allen Kandidatinnen und Kandidaten und allen Wahlkämpfenden an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön. Der Unterbezirk Erlangen ist nun wieder auf allen Ebenen – Bund, Land, Bezirk – mit drei Frauen als Abgeordneten vertreten. Das steigert unsere Präsenz und Wirkung in Stadt und Land erheblich und ist auch organisationspolitisch ein großer Schritt nach vorne.

Aufstehen und Mitkämpfen für neue Mehrheiten und eine bessere Politik!

Mit dieser Stärkung im Rücken richten wir jetzt den Blick auf die Kommunalwahlen am 16. März 2014. Wir wollen für eine andere Politik in der Stadt Erlangen kämpfen.

Wir wollen Dr. Florian Janik als Erlanger Oberbürgermeister, wir wollen eine starke SPD-Stadtratsfraktion, wir wollen einen Politikwechsel für diese Stadt. Das ist unser Ziel. Dafür haben wir in den letzten Wochen und Monaten die Grundsteine gelegt, auf die wir unsere Erfolge aufbauen können.

Die Stadt und Ihre Bürgerinnen und Bürger sehnen sich danach, dass wieder etwas vorangeht. Die Menschen sind wieder neugierig auf die SPD. Das müssen wir nutzen.

Jetzt ist es an uns, weiter zu arbeiten und geschlossen an einem Strang zu ziehen und das Unternehmen Wahlsieg erfolgreich auf den Weg zu bringen und umzusetzen.

Wir müssen ran an die Menschen in den Betrieben, in den Vereinen und Verbänden, in unserer Nachbarschaft, im Freundeskreis, an Wahlkampfständen und in den Stadtteilen. Überall müssen wir für unsere sozialdemokratische Partei, für unsere Kandidatinnen und Kandidaten werben und zeigen, dass uns die Menschen wichtig sind.

Wir brauchen die ganze Partei, um in den nächsten Monaten unsere Alternativen klar zu machen, diese vorzustellen und zu diskutieren und für unsere Ziele zu mobilisieren.

Helft alle mit, Erlangen gemeinsam zu gestalten!

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zur

Kreismitgliederversammlung am Donnerstag, den 17. Oktober 2013, 20.00 Uhr Turnerbund, Spardorfer Straße 79

Als Tagesordnung schlagen wir Euch vor:

1. Aktuelles und Begrüßung der Neumitglieder
2. Rüstung: Export abbauen – Produktion umbauen!
Einführung in das Thema durch den AK Frieden und Internationalismus, Beratung des Antrags (vgl. Seite 6ff)
3. Anträge
4. Berichte aus den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften
5. Verschiedenes

Dieter Rosner

Dirk Goldenstein

Sandra Radue

Redaktionsschluss

für den nächsten Monatsspiegel

November 2013

25. Oktober 2013

Arbeitskreis „Frieden und Internationalismus“

Wir treffen uns wieder am

**Mittwoch, 23. Oktober,
20 Uhr, August-Bebel-Haus**

Themen:

- Aktuelles
- Rüstungsexport-Antrag (Ergebnis der KMV, weitere Aktionen)
- Fortsetzung unserer Arbeit zum Positionspapier „Frieden und Abrüstung – Kooperation und Entwicklung“, Abschnitt 2 Analyse, „Wirtschaftliche Interessen“ (Munib Agha) oder „Geostrategische Interessen“ (Friedrich Mirle) (s.a. www.fen-net.de/dr.helmut.pfister unter „Internationalismus reloaded“) -

Wir laden alle Interessierten, ob SPD-Mitglieder oder nicht, herzlich ein, mitzuarbeiten, mitzudiskutieren oder auch nur erstmal zuzuhören, je nach Gusto.

Helmut Pfister

Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Oktober Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute!

- 05.10. Herbert Ritzer
78 Jahre
- 05.10. Gunter Ott
50 Jahre
- 05.10. Udo-Helge Suppan
72 Jahre
- 08.10. Herta Marhoff
76 Jahre
- 08.10. Jürgen Tendel
74 Jahre
- 14.10. Helmut Pfister
77 Jahre
- 17.10. Horst Geiger
70 Jahre
- 20.10. Marianne Benz
76 Jahre
- 23.10. Renate Markert
65 Jahre

Gansessen in Tennenlohe

Der Distrikt Tennenlohe lädt alle Genossinnen und Genossen herzlich ein zum

**Gansessen bei Fritz Klein
im „Schlößla“ (d.i. Schloß-
gaststätte)
am Sonntag, 10. November,
12 Uhr**

Der Distrikt freut sich auf euer Erscheinen und auf gute Gespräche. Bitte eine kurze telefonische Mitteilung oder E-mail bis zum 6. November an die unten angegebene Telefonnummer bzw. an die E-Mail-Adresse RolfSchowalter@t-online.de.

Für den Vorstand
Rolf Schowalter, Tel.: 60 19 24

P.S.: Wer sich einen Eindruck vom Gansessen verschaffen möchte: Auf der Homepage der Tennenloher SPD (dritte Seite) befinden sich einige Bilder vom letzten Gansessen am 12. November 2012 (<http://tennenlohe.spd-erlangen.de>).



- 25.10. Günter Lüling
85 Jahre
- 26.10. Gerhard Trescher
70 Jahre
- 28.10. Charlotte Schwarz
97 Jahre
- 28.10. Alfred Opitz
76 Jahre
- 31.10. Gabriele Dorn-Dohmstreich
55 Jahre

Haushaltsseminar der Stadtratsfraktion

Liebe Genossinnen und Genossen, hiermit möchte ich Euch herzlich zum Haushaltsseminar der Fraktion einladen – eine gute Gelegenheit für alle, die sich für die Politik in Erlangen interessieren einen komprimierten Überblick über die wichtigsten Themen zu bekommen. Das Seminar findet statt am

**Samstag, 5. Oktober, 9.30
bis 15 Uhr, Wabene, Hen-
kestr. 53**

Bitte meldet Euch bis zum 2. Oktober unter spd.fraktion@stadt.erlangen.de an.

Solidarische Grüße
Dr. Florian Janik
Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion

Geänderte Öffnungszeiten im Parteibüro

Ab Oktober hat unser Kreisverbandsbüro geänderte Öffnungszeiten. Ihr erreicht Patrick künftig

- Montags, 13:00 bis 15:00 Uhr
- Mittwochs, 14:00 bis 16:00 Uhr
- Donnerstags, 11:00 bis 13:00 Uhr.

Wirtschaftspolitischer Arbeitskreis

Wir treffen uns wieder am

**Mittwoch, 16. Oktober,
20 Uhr, August-Bebel-Haus**

Themen:

- Aktuelles
- Sahra Wagenknecht: „Wie wir dem Euro und Europa eine Zukunft geben“ (Bericht Johanna Pfister)

Auch der WiPo-AK ist natürlich offen für alle Interessierten, ob SPD-Mitglieder oder nicht.

Helmut Pfister

„JA! Erlangen gemeinsam gestalten“ geht weiter – neue Dialogreihe

Liebe Genossinnen und Genossen, auch wenn die Wahlergebnisse bundes- bzw. landesweit enttäuschend waren, können wir mit unserem Abschneiden in Erlangen einigermaßen zufrieden sein: Bei den Wahlen für Bezirk, Land und Bund haben wir in der Stadt Erlangen jeweils deutlich hinzugewonnen und konnten Mandate für unsere Region sichern. Das

gibt auch Motivation für die Kommunalwahlen!

Deshalb geht es Ende Oktober weiter mit dem Wahlkampf für die Oberbürgermeister- und Stadtratswahl im März 2014. Wir nehmen unsere vor der Sommerpause so erfolgreich durchgeführte Reihe „JA! Erlangen gemeinsam gestalten“ wieder auf. Wir starten mit dem Thema

„Ehrenamt“ am 22. Oktober, 19 Uhr im Kultursaal im Museums- winkel (Gebbertstraße 1)

Das Impulsreferat wird Uli Glaser halten, der die Ehrenamtsarbeit bei der Stadt Nürnberg koordiniert. Anschließend wird Florian Janik mit ihm und weiteren Expertinnen und Experten diskutieren.

Auch im November wird es zwei Veranstaltungen aus dieser Reihe geben:

- Kultur und Kreativität: 12. November, 19 Uhr, Café SchwarzStark, Henkestraße 91
- Stadtmarketing/Innenstadtentwicklung: 26. November, 19 Uhr, Redoutensaal (oberes Foyer)

Ende Oktober startet außerdem eine zweite Veranstaltungreihe „Dialog“ (Arbeitstitel), mit der wir vor Ort das Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern und vielen ehrenamtlich Aktiven suchen wollen. Den Auftakt bildet ein Gespräch zu Entwicklungen am Würzburger Ring am 28. Oktober, 18 Uhr im Gasthaus „Zur Einkehr“ in Büchenbach. Weitere Termine werden von November bis Februar folgen.

„Ohne Angst verschieden sein“ Sozialempfang zum Geburtstag von Gisela Niclas

Der Ratssaal war fast überfüllt beim Sozialempfang, den die Erlanger SPD-Stadtratsfraktion und die SPD-Bezirkstagsfraktion anlässlich des 65. Geburtstages von Gisela Niclas ausrichteten. Zahlreiche Weggefährtinnen und Weggefährten aus ihrer politischen Arbeit, Vertreterinnen und Vertreter vieler Verbände – darunter natürlich auch „ihre“ wie die Naturfreunde oder der ASB – und Vertreterinnen und Vertreter des öffentlichen Lebens kamen, um Gisela Niclas zu gratulieren und gleichzeitig sich auch mit dem wichtigen Thema Inklusion zu beschäftigen.

Neben der Würdigung der politischen Arbeit im Stadtrat – durch Dr. Florian Janik – und im Bezirkstag – durch den Fraktionsvorsitzenden Fritz Körber – stand



Gisela Niclas gemeinsam mit Weggefährtinnen und Weggefährten aus der SPD (Foto: Günter Laurer)

nämlich auch ein inhaltlicher Fachvortrag zum Thema Inklusion auf dem Programm. Hans-Ludwig Siemen, Psychotherapeut und Mitbegründer der Wabe sprach zur Geschichte der Inklusion und der Psychiatrie am Beispiel Erlangens und besonders der ehemaligen „Kreisirrenanstalt“, meist „Hupfla“ genannt, heute das Klinikum am Europakanal. Dabei bewegte er viele Anwesende mit seinen Ausführungen zur dunkelsten Zeit der Psychiatrie, der Ermordung zahlreicher psychisch Kranker und geistig Behinderter auch in Erlangen während des Nationalsozialismus. Er stellte aber auch die Entwicklung hin zum modernen Verständnis der Inklusion vor und erntete für seine Ausführungen langen Applaus.



Voll war nicht nur der Ratssaal, sondern auch das Foyer beim anschließenden Empfang (Foto: Günter Laurer)

Übergabe des SPD-Archivs

Bereits vor den Wahlkämpfen haben Heide Mattischeck und Dr. Christofer Zwanzig im Keller des August-Bebel-Hauses zahlreiche Dokumente zur Geschichte der SPD Erlangen gesichtet und zur Übergabe an das Stadtarchiv vorbereitet.

Am **Donnerstag, 7. November** soll nun um **17.00 Uhr** im Rahmen einer kleinen Feierstunde die offizielle Übergabe an das Stadtarchiv erfolgen. Die Veranstaltung, bei der u.a. Dr. Dietmar Hahlweg und Dr. Helmut Pfister als Zeitzeugen berichten werden, findet im Lesesaal des Stadtarchivs statt. Nähere Informationen folgen im nächsten Monatsspiegel.

„Wir wollen keine Große Koalition“

Beschluss der Kreismitgliederversammlung vom 26. September

1. Die SPD hat das Wahlziel einer rot-grünen Bundesregierung verfehlt. Die SPD leidet weiter unter einem Glaubwürdigkeitsproblem. Wir wollen und müssen weiterhin Vertrauen zurückgewinnen. Daran müssen sich jetzt alle Entscheidungen der SPD ausrichten. Daran gemessen bewerten wir auch die Rolle der SPD in einer Regierung genauso wie in der Opposition. Unsere Inhalte müssen entscheiden! Unsere Inhalte müssen entscheiden!
 2. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen nach der Wahl wie vor der Wahl eine sozial gerechte Regierung, die heute die notwendigen Weichen zur Bewältigung der Herausforderungen der Zukunft stellt und für den sozialen Fortschritt und gesellschaftliche Modernisierung sorgt.
 3. Wir verweigern uns keinen Gesprächsangeboten. Das gilt aber für alle Fraktionen des Deutschen Bundestages. Eine Zustimmung der SPD zu einem Koalitionsvertrag ist insbesondere von der Umsetzung der folgenden Punkte abhängig zu machen. Sämtliche in einem Koalitionsvertrag vereinbarten Reformvorhaben sind dabei jeweils einzeln mit einer Frist zu versehen, bis zum Ende dieser sie zu realisieren sind. Parallel ist die Umsetzung dieser Vorhaben unter Nutzung einer linken Mehrheitsopposition im Falle einer Minderheitsregierung der Union zu prüfen.
 - Herstellung von Steuergerechtigkeit u.a. durch die Erhöhung der Einkommenssteuer-Spitzenatzes auf mindestens 49 Prozent und die Einführung einer Vermögenssteuer. Ausschließliche Verwendung der Einnahmen für verstärkte Anstrengungen in den Bereichen Bildung, Infrastruktur, der Stützung der Kommunen und den Schuldenabbau
 - Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes in einer Höhe von min. 8,50EUR/h
 - Einführung der Bürgerversicherung
 - Umsetzung einer solidarischen Wachstums-, Finanz-, Infrastruktur- und Beschäftigungspolitik für Europa, insbesondere auch zur Bekämpfung der grassierenden Jugendarbeitslosigkeit
 - Abschaffung des sog. „Betreuungsgeldes“
 - rasche und entschlossene Umsetzung der Energiewende, kein Abbau der Fördersumme für den Aufbau erneuerbarer Energien
 - Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft, unabhängig von der nichtdeutschen Staatsangehörigkeit
 - gemeinsames Adoptionsrecht für homosexuelle Lebensgemeinschaften
 - Aussetzung der Rente mit 67, bis die Hälfte aller über 60jährigen erwerbstätig ist
 - Umsetzung des SPD-Konzeptes der Solidarrente
 - Entgeltgleichheitsgesetz zum Abbau der Geschlechter-Einkommenslücke
5. Wir wollen, dass die Partei in ihrer Breite bei wichtigen Weichenstellungen mitgenommen wird. Wir wollen, dass die Parteiführung das durch Mitgliederbeteiligungen bzw. Mitgliederentscheidungen sicher stellt.
 6. Perspektivisch wollen wir, dass auch eine rot-rot-grüne Option nicht ausgeschlossen wird. Dazu sollen zügig die dafür notwendigen Prozesse eingeleitet werden.

Rüstung: Export abbauen – Produktion umbauen!

Antrag an die Kreismitgliederversammlung am 17. Oktober

Antragsteller: AK Frieden und Internationalismus

Adressaten: Vorstände und Parteitage der Mittelfranken- und BayernSPD, Bundesvorstand und -partei, Bundestagsfraktion, Presse

I. Fakten und Hintergründe

1. Die Politik der schwarz-gelben Bundesregierung

Rüstungsexporte sind ein globales Problem: Im Zeitraum zwischen 2007 bis 2011 stieg laut einer Studie des schwedischen Friedensforschungsinstituts SIPRI das Volumen der Rüstungsgeschäfte weltweit um 25 Prozent an. Im selben Zeitraum steigerte die Bundesrepublik ihre Exporte um 37 Prozent.

In den letzten Jahren hat sich die Genehmigungspraxis der schwarz-gelben Bundesregierung von den Rüstungsexportrichtlinien von 2000 gelöst, die die Lage der Menschenrechte zu einem wichtigen Kriterium für die Zulässigkeit von Rüstungsexporten machten. Stattdessen zielt die Bundesregierung zunehmend auf eine strategische Aufrüstung einzelner Empfängerstaaten.

Zunehmend wird im Rüstungsexportbericht der Bundesregierung der hohe Rang der Bundesrepublik beim Rüstungsexport nicht als Ausdruck einer wenig restriktiven Rüstungspolitik betrachtet, sondern auf den hohen Anteil an hochwertigen Rüstungsgütern zurückgeführt. Die Liste der Empfängerländer zeigt jedoch, dass Menschen-

rechte sowie die politischen Bedingungen in den Regimen der betroffenen Länder, entsprechend den „Politischen Grundsätzen“ der Bundesregierung bei der Genehmigung von Rüstungsexporten kaum eine Rolle spielen.

Die 10 Empfängerländer mit den meisten Einzelausfuhrgenehmigungen waren 2011 die Niederlande, USA, die Vereinigten Arabischen Emirate, Singapur, Großbritannien, Irak, Italien, Algerien, Südkorea und Frankreich.

Insgesamt wurden 2011 Einzelausfuhrgenehmigungen für Rüstungsgüter im Wert von 5,4 Mrd. Euro (14 Prozent mehr als im Vorjahr) erteilt, davon 58 Prozent in EU-, NATO- und NATO-gleichgestellte Länder, 42 Prozent in Drittländer, 9,3 Prozent der Ausfuhr-

genehmigungen entfielen auf Entwicklungsländer, darunter vor allem der Irak, Indien und Ägypten.

Das zeigt, dass Deutschland massiv Rüstungsgüter in Krisen- und Spannungsregionen liefert.

Der wertmäßig größte Anteil an erteilten Rüstungsexportgenehmigungen entfiel auf „militärische Ketten- und Radfahrzeuge“, „Munition“ sowie „militärische Luftfahrzeuge“. Die Handfeuerwaffen nehmen zwar nur den 9. Rang ein, sind allerdings mit den meisten Einzelgenehmigungen besonders problematisch, da sie weltweit für die meisten Todesopfer in Konflikten verantwortlich sind.

68 Prozent (2010: 23 Prozent!) der tatsächlichen Ausfuhren an Kriegswaffen erfolgten 2011 in Drittländer (in der Reihenfolge des Lieferumfangs: Brunei, Singapur, Irak, Südkorea, der Türkei, Brasilien, Großbritannien, Polen, Kanada, Vereinigte Arabische Emirate). Zu den tatsächlichen Ausfuhren im Bereich der sonstigen Rüstungsgüter werden im Bericht keine Angaben gemacht. Es ist davon auszugehen, dass aufgrund der hohen Anzahl von Einzelgenehmigungen das Volumen des Rüstungsexports deutlich zunehmen wird. Rüstungsexporte werden zudem zunehmend erheblich verschleiert durch Komponenten-Aufspaltung der Aufträge und Lieferungen sowie durch internationale Kooperation der Rüstungskonzerne und Regierungen

Im internationalen Vergleich liegt Deutschland laut SIPRI (Stockholm International Peace Research Institute) mit einem Waffenexport-Anteil von ca. 7 Prozent am Weltmarkt an dritter Stelle, hinter den USA und Russland

Der Rüstungsexportbericht liefert zudem kein vollständiges Bild der Rüstungsexporttätigkeit. So umfasst er nur die erteilten Exportgenehmigungen für Kriegswaffen und andere Rüstungsgüter, nicht aber die Gewährung von Lizenzen für den Nachbau deutscher Waffen im Ausland. Ebensovienig wird die Tätigkeit von privaten deutschen Sicherheits- und Militärunternehmen aufgeführt.

Bereits heute stehen dem Parlament keine ausreichenden und zeitnahen Informationsrechte zu Rüstungsexporten zur Verfügung. Dieser Trend droht sich durch internationale Entwicklungen zu verschärfen. So setzt sich die Bundesregierung dafür ein, die Rolle der NATO bei der Auswahl von Staaten zu stärken, in die Waffen exportiert werden können. Dadurch droht die Kontrolle über

Rüstungsexporte dem Parlament noch stärker entzogen zu werden.

2. Ökonomische Bedeutung

Laut SIPRI betragen 2011 die weltweiten Militärausgaben 1,74 Billionen US-Dollar, was 2,5 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts bzw. 240 US-Dollar pro Kopf entspricht. Damit stiegen zum ersten Mal seit 1998 die Militärausgaben nicht mehr an. Dies liegt allerdings nicht an einer stärker werdenden Abrüstungspolitik, sondern an der sogenannten Haushaltskonsolidierung insbesondere europäischer Staaten und der USA, die aus der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise resultiert.

Deutschland ist nach den USA (30 Prozent) und Russland (23 Prozent) mit 11 Prozent Weltmarktanteil der drittgrößte Waffenexporteur. Trotz der stetigen Steigerungen der letzten Jahre beträgt der Rüstungsexport gemessen am BIP weniger als 0,5 Prozent. Der Rüstungsexport spielt also für die deutsche Volkswirtschaft eine marginale Rolle.

In Deutschland ist die Rüstungsbranche durch privatwirtschaftliche Unternehmen geprägt, während in anderen europäischen Ländern (halb)staatliche Unternehmen dominieren. Zu den 5 größten deutschen Rüstungskonzernen gehören die European Aeronautic Defence and Space Company (EADS), Rheinmetall, Krauss-Maffei Wegmann, Thyssen-Krupp und Diehl Defence.

Die Rüstungsindustrie der Bundesrepublik ist volkswirtschaftlich von geringer Bedeutung. Die Rüstungsproduktion trägt nur 0,6 Prozent zum BIP bei (70 Prozent davon für den Export). Der jährliche Umsatz beträgt 16 Mrd. Euro oder 0,8 Prozent des Gesamtumsatzes von Industrie und Verarbeitendem Gewerbe. Insgesamt arbeiten inklusive IT- und Kommunikationsbereich in der Rüstungsindustrie knapp 100.000 Menschen, also nur etwa 1,3 Prozent der in Industrie und Verarbeitendem Gewerbe Beschäftigten und 0,3 Prozent aller abhängig Beschäftigten. Von einem Jobmotor Rüstungsindustrie kann also nicht die Rede sein.

3. Militärisch-industrieller Komplex

Die relativ geringe volkswirtschaftliche Bedeutung der Rüstungsindustrie darf jedoch nicht den Blick auf ihr politisches und gesellschaftliches Gewicht verstellen. Die Debatte um Rüstungsproduktion und Rüstungsexport erfordert die Auseinandersetzung mit dem Militä-

risch-Industriellen Komplex (MIK), Darunter versteht man die enge Verkopplung bzw. Verzahnung militärischer und staatlicher Interessen an immer neuen Waffen- und Rüstungssystemen mit den Interessen der Rüstungsindustrie an Produktion und Export von Rüstungsgütern. Rüstungsproduktion und -export haben eine politische Geschäftsgrundlage, in der der Rüstungsindustrie Profite und dem Staat die Umsetzung seiner Militär-, Bündnis- und Sicherheitspolitik gesichert werden. Es entsteht die für den MIK so spezifische wechselseitige Abhängigkeit: Die Militärapparate von Staaten und Staatenbündnissen (EU, NATO) als praktisch alleinige Nachfrager und Auftraggeber, die Rüstungsindustrie als einziger Auftragnehmer, die ihre Machtposition durch Konzentration, Exportorientierung und Internationalisierung ständig weiter ausbaut, mit wachsender Verflechtung mit anderen Sparten und Branchen einschließlich Finanzsektor. Eine weitere Form der Verflechtung von Rüstungsindustrie und staatlichen Institutionen ist die Vereinnahmung von Wissenschaft und Forschung für militärische Zwecke („Wehrtechnische Forschung“) z.B. durch Drittmittelvergabe an Universitäten und Forschungseinrichtungen.

In der EU und in Deutschland wird die Rüstungsindustrie finanziert hinter dem Rücken der Öffentlichkeit, da die Ausschreibung für Rüstungsaufträge stark reduziert ist. Damit wird auch der Rüstungsexport forciert.

Zudem hat das Thema Rüstungsexporte eine zentrale europäische Dimension. Es gibt eine starke Bestrebung nach Europäisierung von Rüstungsproduktion und -export und nach Schaffung eines europäischen Rüstungsmarktes, wozu eine EU-Rüstungsagentur geschaffen wird. Laut SIPRI sind die Staaten der Europäischen Union der größte Rüstungsexporteur der Welt. Die Bundesregierung treibt u.a. die Exportorientierung des europäischen Raumfahrt- und Rüstungskonzerns EADS stark voran. Gefahren bergen auch die eigentlich begrüßenswerten Bemühungen, die Regeln für Rüstungsexporte auf Ebene der EU zu vereinheitlichen. Wie die unterschiedlichen Auslegungsmöglichkeiten des 2008 verabschiedeten „Gemeinsamen Standpunkts“ zeigen, drohen jedoch restriktive Regeln aufgeweicht zu werden. Die Kontrollrechte des Europäischen Parlaments sind bislang völlig unzureichend.

Hinter dem Geschäft mit dem Tod stehen wirtschaftliche und politische Interessen. Diese beherrschen zunehmend in Deutschland und EU-weit die politische Entscheidungsfindung.

II. Forderungen und Perspektiven

Aus dem friedensgefährdenden Umfang des Rüstungsexports, seiner ökonomischen und politischen Bedeutung und der Rüstungsexportpolitik von Bundesregierung, EU und NATO ergeben sich für die Erlanger SPD die folgenden kurz-, mittel- und langfristigen Forderungen und Perspektiven – im Einklang mit den Positionen zahlreicher friedenspolitischer, gewerkschaftlicher, wissenschaftlicher, kirchlicher und zivilgesellschaftlicher Initiativen und Organisationen:

1. Transparenz und parlamentarische Kontrolle

- Die parlamentarischen Kontrollmöglichkeiten müssen gestärkt und das Transparenzniveau muss verbessert werden:
 - Beratung und Beschlussfassung von Rüstungsgeschäften im Bundestag, Vorabunterrichtung des Parlaments bei sensiblen Lieferungen, Einführung eines Gesetzes zur besseren Kontrolle des Exports,
 - grundsätzliche Veröffentlichungspflicht aller geplanten und tatsächlich durchgeführten Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern
 - Umwandlung des geheim tagenden Bundessicherheitsrates in ein öffentlich tagendes Gremium
- Die strenge Einhaltung der Rüstungsexportrichtlinien (Außenwirtschaftsgesetz, Außenwirtschaftsverordnung, Kriegswaffenkontrollgesetz) und eine restriktive Genehmigungspraxis müssen durchgesetzt werden

2. Reduktion des Rüstungsexport durch restriktive Rüstungsexportpolitik

- Grundlegende Reform des Genehmigungsverfahrens für deutsche Waffenexporte:
 - Verschärfung der Kriterien
 - Überprüfung und eventuell Rücknahme von Exportgenehmigungen, keine Exporte von Kriegswaffen in Krisenregionen und an autoritäre und repressive Regime, gegebenenfalls Stornierung der beabsichtigten Exporte

- Deutlich restriktivere Handhabung des Export von Kleinwaffen incl. Munition, Stopp der Lieferungen von Kleinwaffen in Länder insbesondere außerhalb von EU und NATO
- Restriktiver Umgang mit der Vergabe von Sammelausfuhrgenehmigungen, keine staatlichen Ausfallbürgschaften („Hermes-Kredite“) zur Absicherung von Rüstungsgeschäften mit Drittstaaten
- Wirksame Kontrolle des Endverbleibs von Waffenlieferungen und in Lizenz im Ausland hergestellter Waffen, Verbot der Lizenzvergabe von Kleinwaffen
- Keine Weitergabe deutscher Technologie, die Empfänger in die Lage versetzen kann, eigenständig Rüstungsgüter zu produzieren und diese zu verkaufen.
- Langfristig: Proliferationsverbot inklusive Kontrolle von Munition, Verbot von Rüstungsexporten im Grundgesetz (Klarstellung in Artikel 26(2) GG).

3. Abrüstung und internationale Rüstungskontrolle

- Kritische Überprüfung und umfassende Revision des „Gemeinsamen Standpunktes“ der EU von 2008, strengere Kontrollen von Rüstungsausfuhren aus den europäischen Staaten incl. der Weitergabe an Drittländer
- Reform der „Politischen Grundsätze“ der Bundesregierung: Menschenrechtslage im Empfängerland als ausschlaggebendes Kriterium mit gesetzlicher Bindung, um Verstöße zu sanktionieren
- Erweiterung des UN Arms Trade Treaty (ATT) – nicht als internationales Handelsabkommen, sondern im Kontext der Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik: Erfassung, neben den Kategorien des UN-Waffenregisters, von Kleinwaffen und leichten Waffen, von bewaffneten Drohnen als eigenständige Kategorie, von Munition, Bauteilen/Komponenten, neuen Technologien, Lizenzproduktionen und Produktionsanlagen sowie eine koordinierte Position der EU-Mitgliedsstaaten
- Weltweit Verbot und Ächtung von bewaffneten Drohnen, Landminen und Streumunition und konsequente Umsetzung
- Internationales Verbot des Exports von Kleinwaffen, die am wenigsten kontrollierbar sind und weltweit die

meisten Todesopfer fordern sowie des Verkaufs von Lizenzen für deren Herstellung im Ausland

- auf EU- und UN-Ebene Beachtung der möglichen negativen Auswirkungen von Waffentransfers auf die interne, regionale, subregionale oder internationale Stabilität

4. Konversion statt Rüstungsproduktion und Rüstungsexport

Die Finanzkrise könnte zum Rückgang der Militärausgaben führen. Lobbyverbände der Rüstungsindustrie dringen jedoch auf mehr staatliche Unterstützung für den Waffenexport ins nichteuropäische Ausland. Aus friedenspolitischer Perspektive aber ist nicht Export, sondern Konversion die adäquate Antwort auf eine vermeintliche Krise der Rüstungsindustrie.

- Die sinkende Auslastung der Produktionskapazitäten darf nicht durch eine Steigerung der Rüstungsausfuhren kompensiert werden; nicht immer mehr deutsche Rüstungsgüter auf den internationalen Rüstungsmarkt durch zunehmenden Rüstungsexport an Drittstaaten und als Folge der Umstrukturierung der Bundeswehr
- Schrittweise Reduktion der Rüstungsproduktion, zunächst auf „Eigenbedarf“ in Bundeswehr und NATO
- Programm zur Konversion von Rüstungsgütern in zivile Produkte, industriepolitische Maßnahmen zugunsten einer Beschäftigung sichernden Konversionsprogramms für monostrukturierte Rüstungsunternehmen und zum zivilen Strukturwandel in regionalen Rüstungszentren, Konversionsfonds auf Bundes- und Länderebene, aus denen betriebliche Projekte gefördert werden und die zivile Produktinnovationen zu Lasten von Rüstungsgütern fördern. In allen diesen Punkten sind die Gewerkschaften und Betriebsräte einzubeziehen (s. Forderung der IGM nach einem Branchenrat).

Aus der Zivilgesellschaft heraus müssen Druck gegen die deutsche Praxis des Rüstungsexportes aufgebaut und Alternativen zur Rüstungsproduktion aufgezeigt werden durch Mut zu einer neuen Konversionsdebatte. Statt neuer militärischer Mittel braucht die Welt eine Offensive in politisch-strategischer Diplomatie.

„Wichtige Impulse für Erlangens Stadtentwicklung möglich“ Florian Janik begrüßt Siemens-Machbarkeitsstudie als nachhaltiges Bekenntnis zum Standort Erlangen

Als ein Bekenntnis der Siemens AG zum Standort Erlangen begrüßt der SPD-Oberbürgermeisterkandidat Florian Janik das von Siemens vorgestellte Vorhaben, im Rahmen einer Machbarkeitsstudie den bisherigen Standort im Süden der Stadt zu einem „Siemens-Campus“ umzugestalten. „Die Aussicht, dass diese innenstadtnahen Flächen zu einem – wieder – wichtigen Siemens-Standort entwickelt werden eröffnet für die Arbeitsplätze und die Wirtschaft, aber auch für unsere Stadtentwicklung insgesamt sehr positive Perspektiven“, so Janik in einer ersten Stellungnahme. „Nach einigen bedenklichen Schlagzeilen ist dies eine erfreuliche Meldung aus der Siemens AG.“

„Allerdings“, so fügt der Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokraten im Stadtrat hinzu, „ist dann die Kommune auch gefordert, im intensiven und verlässlichen Dialog mit Siemens, der Erlanger Bürgerschaft und den Interessenvertre-

tungen der Arbeitnehmerschaft offensiv den Ball aufzugreifen und im Rathaus diese Überlegungen mit Nachdruck im Interesse der Gesamtstadt zu begleiten.“

Janik nennt rasch auch konkrete Aufgaben, die für die Stadt in der Folge anstehen. So seien nach einer intensiven Prüfung und Diskussion des Vorhabens in den dafür zuständigen städtischen Ämtern und Stadtratsgremien von Anfang an die Anliegen der Bürgerschaft und die ökologischen Belange so aufzugreifen und in die Planungen einzubringen, dass in einem dialog- und lösungsorientierten Prozess die weiteren Siemens-Planungen unterstützt werden.

Als konkrete Beispiele nennt er hierfür die zukünftige Verkehrsanbindung des Geländes, wobei in seinen Augen der Stadt-Umland-Bahn eine herausragende Rolle zukommen müsse, denn anders seien zu erwartende Verkehrsströme nicht zu bewältigen. Die Chance,

von Anfang an wirtschaftliche Standortplanung mit der StUB-Planung zu verbinden, dürfe nicht verspielt werden. Er denkt in diesem Zusammenhang aber auch an die Interessen der Anlieger, die durch zu erwartende Baumaßnahmen so wenig wie möglich zu belasten seien und an die Belange des Naturschutzes, so dass Eingriffe in vorhandene Wald- und Grünflächen auf ein Mindestmaß zu beschränken sind.

Zusammen mit seiner Fraktion sieht der Sozialdemokrat außerdem mögliche positive Auswirkungen für weitere innerstädtische Flächen, die gegebenenfalls dann von Siemens frei gemacht werden. Hier könnten sich in seinen Augen erfreuliche Perspektiven eröffnen – für innerstädtisches Wohnen, die Universität, aber auch für zentrumsnahe Gewerbeflächen, die in Erlangen von jungen, zukunftsfähigen Unternehmen so dringend benötigt würden.




Rebecca Friedrich
Serviceberaterin in der
Geschäftsstelle Möhendorfer Straße

direkt GIRO

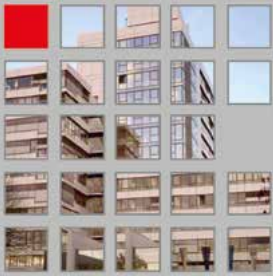
Das kostenlose* 0,-nlinebanking-Konto für Privatkunden mit persönlicher Beratung und Service.



 **Sparkasse
Erlangen**

Sicher. Stabil. Verlässlich.

*Das „direkt GIRO“ ist das kostenlose Online-Girokonto der Sparkasse Erlangen nur für Privatkunden: kein Grundpreis, kein Durchschnittsguthaben, kein Mindesteingang, keine Buchungspostenentgelte. Kostenlos in Deutschland Geld abheben an über 25.000 Geldautomaten der Sparkassenorganisation. Sämtliche Arbeiten zur Kontoumstellung erledigen wir gerne für Sie. Fragen Sie jetzt unsere Berater nach dem „direkt GIRO“ und unserem Finanzcheck. Weitere Informationen auch per Telefon: 09131 824-500 (Mo. - Fr. jeweils von 8:00 Uhr bis 20:00 Uhr) oder unter www.sparkasse-erlangen.de



RATHAUS TELEGRAMM

Seite 2

FINANZIERUNG DES FRANKENHOFES

Damit die Sanierung 2014 beginnen kann, muss jetzt gehandelt werden

Seite 2

LÄRMSCHUTZ IN BRUCK

Kommt Flüsterasphalt auch auf der Westseite der A73?

GISELA NICLAS FEIERT DOPPELT

VOLLES HAUS BEIM SOZIALEMPFANG - ERNEUT IN BEZIRKSTAG GEWÄHLT



Der Ratssaal war bis auf den letzten Platz gefüllt, Familie und Freunde waren gekommen, dazu viele Weggefährten aus Politik und Gesellschaft. Gisela Niclas beging ihren 65. Geburtstag standesgemäß mit einer politischen Botschaft. Für sie sorgte Festredner Dr. Hans-Ludwig Siemen, der auf die Bedeutung der Inklusion ebenso hinwies wie auf den weiten Weg, den die Ge-

sellschaft im Umgang mit Menschen mit Behinderung noch zurücklegen müsse. Florian Janik, der Niclas 2008 nach zwölf Jahren im Amt des Fraktionsvorsitzenden nachgefolgt war, betonte das Wirken Niclas' vor allem in den Bereichen der Sozialpolitik - erst als Bürgermeisterin und Sozialreferentin, später als Oppositionspolitikerin - zielstrebig, Streitbar und doch versöhnlich. Wenige Tage konnte Niclas nochmal feiern: Sie hat es erneut in den mittelfränkischen Bezirkstag geschafft. Mit 28,49% der Erststimmen erreichte sie ein sehr gutes Ergebnis. Auch in Zukunft wird sie für sozialdemokratische Ideale in den Bereichen Soziales und Kultur eintreten. Die SPD-Stadtratsfraktion gratuliert herzlich! ■

STARKER WAHLKAMPF WIRD BELOHNT

SPD-KANDIDATINNEN SCHAFFEN DEN SPRUNG INS PARLAMENT



ein. In Erlangen gab es aber Grund zu Feiern: Martina Stamm-Fibich und Alexandra Hiersemann vertreten künftig unsere Belange in Berlin und München.

Ein genauer Blick auf die Ergebnisse lohnt sich dabei allemal: Bei der Landtagswahl verpasste Philipp Dees zwar das Mandat, schaffte aber mit 25,3% der Erststimmen

In Bund und Land für die SPD bei den Wahlen schwierige Ergebnisse

in Erlangen ein respektables Ergebnis. Bei den Zweitstimmen legte die SPD 2,7% zu, während CSU und FDP im Stadtgebiet fast 7% verloren. Martina Stamm-Fibich schaffte in Erlangen eine Woche später sogar 28,9% der Erststimmen, auch hier legte die SPD bei den Zweitstimmen zu.

OB-Kandidat Dr. Florian Janik gratuliert: „Die SPD hat vor Ort einen starken Wahlkampf geführt, der uns Mut für die Kommunalwahl macht. Wir sind glücklich, dass die SPD in Erlangen-Höchstadt und Erlangen wieder auf allen Ebenen vertreten ist. Wir wünschen euch viel Erfolg bei eurer Arbeit!“ ■

WIE FINANZIEREN WIR DEN FRANKENHOF?

SPD-FRAKTION MÖCHTE VORSORGEN, DAMIT SANIERUNG 2014 BEGINNT

Der Antrag
im Wortlaut:

<http://www.spd-fraktion-erlangen.de/sanierung-des-frankenhofs-als-haus-der-bildung-voranbringen/>



Wie in Ausgabe 6/2013 berichtet, ist es wenig wahrscheinlich, dass der Bäderbetrieb im Frankenhof aufrechterhalten werden kann. Umso wichtiger ist es für die SPD-Stadtratsfraktion, dass Sanierung und Ausbau des Frankenhofs so schnell wie möglich beginnen. „Der Frankenhof hat hohe Priorität. Wir brauchen Informationen, damit wir für den Haushalt 2014 die notwendigen Entscheidungen treffen können“, so Fraktionsvorsitzender Florian Janik.

Seine Fraktion haben deswegen in der Sommerpause beantragt, dass die Stadtver-

waltung aufzeigt, wie die Finanzierung der Sanierung bzw. des Ausbaus in den kommenden Jahren gestaltet werden kann. „Für uns gibt es zwei Finanzierungsmodelle. Entweder, die Stadt finanziert das Projekt direkt. Oder wir schaffen eine nicht-rechtsfähige Stiftung, für die die Stadt dann eine Bürgschaft übernehmen müsste“, so Janik, der auch Haushalts- und Finanzpolitischer Sprecher der Fraktion ist.

Die SPD-Fraktion bat die Verwaltung zudem darum, rechtzeitig vor Antragsschluss für den Haushalt 2014 am 22. Oktober den Stadtrat darüber zu informieren, welche Mittel bereits im Jahr 2014 erforderlich sind. Die SPD-Fraktion wird dann entsprechende Anträge zum Haushalt stellen. „Weitere Verzögerungen beim Frankenhof sind mit der SPD-Fraktion nicht zu machen“, hatte Janik schon im Sommer erklärt. ■

A73: LÄRMSCHUTZ VORANBRINGEN!

SPD-POLITIKER INFORMIERTEN SICH ÜBER BELASTUNGEN IN BRUCK

Im September informierten SPD-Oberbürgermeisterkandidat Florian Janik und Juso-Landesvorsitzende Philipp Dees Bundestagskandidatin Martina Stamm-Fibich, Florian Pronold, im Kompetenzteam von Kanzlerkandidat Peer Steinbrück für Verkehr zuständig, und den Nürnberger Verkehrsexperten Martin Burkert über die Lärmsituation an der A73 in Bruck.

Vertreterinnen und Vertreter der Bürgerinitiative erläuterten, wie dringend der Lärmschutz in Bruck sei und dass die jahrelangen Bemühungen bisher weitgehend vergeblich gewesen seien. Die SPD möchte, dass sich das möglichst rasch ändert. Janik betonte, dass wenigstens für einen Teil der Betroffenen schnell Abhilfe geschaffen werden könne, wenn beim Ausbau der A3 der Umbau des Kreuzes Fürth/Erlangen als erstes begonnen werde: Mit der Baumaßnahme sei auch Lärmschutz entlang der A73 bis zur Tennenloher Straße und nach Eltersdorf verbunden.

Für diese Maßnahmen bestehe Baurecht, so dass sie schnell begonnen werden könnten. Überlegungen für eine „Einhausung“ der A73 seien zwar wünschenswert, kurzfristig aber nicht realisierbar.

Dies unterstrichen auch Pronold und Burkert, die auf die massive Unterfinanzierung des Verkehrsetats hinwiesen, in dem eine neue Maßnahme für 250 Millionen Euro erst in mehreren Jahren realisiert werden könne - eine Einschätzung, die auch die Vertreter der Bürgerinitiative teilten.

Neben dem Versprechen, den Baubeginn am Kreuz Fürth/Erlangen intensiv einzufordern, nahmen Burkert, Pronold und Stamm-Fibich – die selbst aus Bruck stammt – auch noch die Anregung der Bürgerinitiative auf, auch auf der Westseite der A73 sogenannten „Flüsterasphalt“ aufzutragen. Dieser habe auf der Ostseite für einen Lärmrückgang gesorgt, im Zuge des Umbaus des Kreuzes sei er zudem günstig aufzutragen. ■

RATHAUS TELEGRAMM 07/ 2013: IMPRESSUM

Das SPD-Rathaustelegramm wird durch die SPD-Stadtratsfraktion Erlangen erstellt, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen, Telefon: 09131-862225 - Fax: 09131-862181
Internet: www.spd-fraktion-erlangen.de - Mail: spd.fraktion@stadt.erlangen.de
Verantwortlich: Dr. Florian Janik - Redaktionelle Gestaltung: Gary Cunningham

Erlangen
SPD

Jenseits des „Großen Übels“: Wie SPD und Grüne im neuen Bundestag das Land reformieren könnten, ohne mit der Union zu koalieren

Das Anliegen dieses Artikels soll es sein, angesichts des Ergebnisses der Bundestagswahl einen Fall zu beleuchten, der bisher in den Medien fast nicht diskutiert wurde, gleichwohl aber eine reale Option bei eben diesem Wahlergebnis ist: Der Fall einer Unions-Minderheitsregierung, kurz und hoffentlich verständlich dargestellt.

Beginnend von einer Analyse des Wahlergebnisses und dessen Implikationen ist es dem Autor ein Anliegen, den Prozess der Bildung einer Minderheitsregierung zu skizzieren, um dann anschließend einige Betrachtungen über Für und Wider eines solchen Kurses, speziell aus Sicht der SPD, anzustellen.

Einladung des Linken Forums Mittelfranken

Liebe Genossinnen und Genossen, trotz Stimmgewinnen ist es der Sozialdemokratie nicht gelungen, bei den zurückliegenden Wahlen wieder zu alter Stärke zurückzukehren. Auf bayerischer Ebene muss die Perspektive eines Regierungswechsel in den kommenden Jahren hart erarbeitet werden. Im Bundestag gibt es hingegen zumindest eine rechnerische Mehrheit für einen sozialen und ökologischen Politikwechsel, die die Parteispitzen von SPD und Grünen nicht nutzen wollen. Um so wichtiger ist es, dass die Linke in der SPD klare politische Signale setzt. Wir laden Euch deshalb herzlich ein zu einem Treffen des

Linken Forums Mittelfranken am Montag, 7. Oktober, 20 Uhr, Erlangen, Orpheus (Luitpoldstraße 25)

Bitte gebt diese Einladung auch an möglichst viele Genossinnen und Genossen weiter.

Mit solidarischen Grüßen
Thorsten Brehm und Dr. Helmut Pfister

Teil I: Und wer soll jetzt regieren?

Das amtliche Wahlergebnis ist da – und Ratlosigkeit legt sich über das Land. Die Union schrammt knapp an einer, vermutlich noch nicht einmal von ihr selbst gewollten, absoluten Mehrheit im Bundestag vorbei. Die SPD stabilisiert sich auf niedrigem Niveau, wenn auch mit leichten Zugewinnen. Die FDP ist raus, „Grüne“ wie „Linke“ verlieren schmerzhaft. Die AfD ist noch kein Faktor, könnte aber in zukünftigen Betrachtungen eine Rolle spielen, im Fall baldiger Neuwahlen sogar recht zeitnah.

Merkel kann bei diesem Ergebnis wohl als gesetzt gelten, aber eine absolute Mehrheit der Bundestagsmandate, die hat sie nicht. Bisher zielte diese Frage daher immer auf mögliche Regierungskoalitionen ab. Derer gibt es nun rechnerisch vier:

Schwarz-Rot, auch als „Große Koalition“ bekannt, würde für eine sehr stabile Kanzlermehrheit sorgen, wird aber von der SPD-Basis vehement abgelehnt. Die große Koalition von 2005 bis 2009 hat Spuren hinterlassen und die Aussicht, erneut eine träge Union zu jedem Akt gestaltenden Regierungshandelns antreiben zu müssen, erfreut noch nicht einmal ihre Funktionsträger. Der Wähler hat diese Überanpassung und die Aufgabe sozialdemokratischer Kernideen (auch zur Zeit der rot-grünen Koalition) das letzte Mal massiv abgestraft – und es besteht kein Anlass davon auszugehen, dass es bei einer Wiederauflage anders kommen würde.

Zumal dies keine Koalition auf Augenhöhe mehr wäre, die SPD also womöglich noch ungleich weniger ihrer Inhalte tatsächlich umsetzen könnte. All dies macht diese Option für eine Partei, die mit ihrem aktuellen Regierungsprogramm wenigstens intern wieder zu sich gefunden hat, höchst unattraktiv. Der Aufbruch im zurückliegenden Wahlkampf ging zwar weitgehend an den Wählern vorbei, ist aber perspektivisch für den zukünftigen Erfolg zu wichtig, um ihn gedankenlos der Machtperspektive zu opfern. Die SPD muss dabei die Bereitschaft aufbringen, die Hoffnung vieler Wähler auf eine große Koalition

■ Von Friedrich Mirle

zu enttäuschen: zu deutlich ist deren Kalkül, mit einer Beteiligung der Sozialdemokraten ein sozialpolitisches Korrektiv für die altbackenen gesellschaftspolitischen Vorstellungen der Union zu gewinnen. Diese Wähler sind zum Großteil eben nicht SPD-Anhänger, die damit wahrscheinliche thematische Reduktion aber wäre das endgültige Ende des Bestehens als „Volkspartei“, ein somit nicht erstrebenswertes Szenario

Der einzige valide Grund der SPD für eine „GroKo“ wäre ihre staatstragende Haltung und immerwährende Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung, die erst zur ideologischen Selbstaufgabe der SPD führte. Gewürdigt wird das übrigens von Seiten der Union nicht, wenn es aus taktischer Sicht klug erscheint, so wird den Sozialdemokraten von Merkel auch schon mal „europapolitische Unzuverlässigkeit“ unterstellt, ein ebenso falscher wie hinterhältiger Vorwurf. Handelt es sich essentiell um den aktuellsten Wiederaufguss der reaktionären Fabel von den „vaterlandslosen Gesellen“, so wird er immer dann eingesetzt, wenn es gilt, auch die letzten national-chauvinistischen Grantler an die Urne zu locken. Dieses unwürdige Verhalten zerstört, wie von Peer Steinbrück richtig bemerkt, Brücken und erschwert die weitere Zusammenarbeit massiv.

Schwarz-Grün würde der Kanzlerin auch eine stabile Mehrheit verschaffen, diese Option wird allerdings von der Grünen Basis auf das Heftigste abgelehnt. Die Mitglieder der Partei sind, im Gegensatz zu einem Großteil ihrer Wähler, überwiegend keine „Bürgerlichen“, sondern Menschen, die die Ideale ihrer Jugend auch weiterhin im Herzen tragen. Grenzt man sich ohnehin schon gern von den „Schwarzen“ ab, so hat die Partei seit diesem Wahlkampf noch viel mehr Grund zur Antipathie. Die vor allem von führenden Köpfen der CSU getriebene Pädophilie-Debatte war einfach nur

noch ein Beispiel blanker, populistischer Niedertracht und hatte mit sachlicher Auseinandersetzung oder gar Aufklärung nicht mehr das Geringste zu tun.

Währenddessen trieb die CDU, und auch Kanzlerin Merkel ganz persönlich, unermüdlich das Schreckensbild einer grünen „Verbots- und Bevormundungspartei“ in die Köpfe der Wählerinnen und Wähler, die dem Bürger Sauerbraten und Sportwagen verbieten wolle. Unterstützt und flankiert wurde dies insbesondere durch die üblichen Verdächtigen im deutschen Medienwesen: Springer und Burda, mit ihrem jeweils engen persönlichen Verhältnis zur Kanzlerin.

Kombiniert mit den schlecht kommunizierten Steuerplänen und der strategisch fragwürdigen Entscheidung, die SPD in Teilen programmatisch „links“ zu überholen, ergab sich ein Resultat, das keine besondere Überraschung – und für die Partei ein herber Schlag – war. Die jetzt notwendige Neuaufstellung kann noch nicht bewertet werden, da sie gerade erst begonnen hat. Eine neue, vergleichsweise unprofilerte Parteispitze wird sich aber nur mit größtem Widerstreben, wenn überhaupt, von einer übermächtigen Union vereinnahmen lassen, gilt es doch, das Schicksal von SPD und FDP tunlichst zu vermeiden.

Auch Folgendes spricht gegen eine schwarz-grüne Koalition: Während die CDU ihr bisher, zumindest in der öffentlichen Sprachregelung, nicht ablehnend gegenübersteht, hat sie Seehofer im Namen seiner nun noch selbstbewussteren CSU schon ausgeschlossen. Auch die Nachwahlbefragungen deuten an: kaum jemand wünscht sich eine derartige Koalition oder glaubt zumindest daran, dass dies eine erfolversprechende Regierung für Deutschland sei.

Über eine rechnerisch mögliche Koalition der Linken mit der Union braucht nichts gesagt zu werden, sie ist einfach aufgrund gegenseitiger Unverträglichkeit ausgeschlossen.

Ein rot-rot-grünes Bündnis hingegen ist vorstellbar, gibt es doch viele tendenzielle Gemeinsamkeiten zwischen SPD, Linken und Grünen. Allerdings würde eine solche Koalition nur eine sehr knappe, wegen der großen politischen Spannweite auch sehr instabile Mehrheit auf sich vereinen können. Auch wurde ein solcher Dreiecksbund von SPD und Grünen ausgeschlossen und nicht zuletzt wäre er, als Allianz der Wahlverlierer, ein sehr schwer vermittelbares Konstrukt. Wie wohl diese Koalitionsoption damit, viel-

leicht sogar für die nächste Legislaturperiode, interessant bleibt, diesmal wird sie nicht realisiert werden.

Auch inhaltlich gäbe es zurzeit viele schwer zu umschiffende Klippen, auch wenn dies momentan vom Fraktionsvorsitzenden der Linkspartei, Gregor Gysi, kleingeredet wird. Zu nennen wären insbesondere die Abschaffung aller Geheimdienste, die Ablehnung sämtlicher Auslandseinsätze der Bundeswehr und die von manchen Landesverbänden geforderte Komplettauflösung der Bundeswehr. Auch bezüglich diverser europapolitischer Richtungsentscheidungen, beim Rentenkonzept, der geforderten Millionärssteuer und dem angestrebten Modell einer fünfprozentigen Vermögenssteuer liegt die Linke weit ab von rot-grünen Vorstellungen.

Was aber dann? So die SPD nicht doch noch einknickt steht die Bundesrepublik dann am Rand des in ihrer Geschichte bisher erforschten politischen Horizonts. Die zurückliegenden Unionswahlkämpfe waren geprägt von einer nie dagewesenen Inhaltslosigkeit. Angefangen von „Bayern. Unser Land“ und „Bayern, Unser Ministerpräsident“ (CSU-Landtagswahlkampf) über „Bleib locker“ (Hessen CDU) bis hin zum schlichten „Angela Merkel“ und „Damit Deutschland stark bleibt“ (Bundeswahlkampf CDU), Themen suchte man vergebens.

Das ist auch keine reine Formalie, im gesamten Wahlkampf tauchte kein einziges ernstzunehmendes politisches Projekt auf und selbst laufende Anstrengungen wie die Energiewende, Ganztagschulen und der Ausbau der Kinderbetreuung wurden kaum thematisiert. Abgesehen von der intern ebenso umstrittenen wie rechtlich höchst bedenklichen „Ausländer-Maut“ ist die Union offensichtlich komplett inhaltsbefreit. Auch die Wahlprogramme sind da wenig ergiebig. Zu allermindest besteht aber offenbar kein Interesse, den Bürger vor der Wahl mit Inhalten zu belasten.

Abgesehen von den oben geschilderten Hemmnissen ist das für ihre potentiellen Partner, also SPD und Grüne, ein erhebliches Problem. Ihr Wahlkampf war themenbezogen und drehte sich um konkret, zuweilen gar penibel, ausgearbeitete Reformvorhaben. Diese sind mit der Union aller Wahrscheinlichkeit nach nicht zu einem wesentlichen Teil umsetzbar.

Damit scheiden beide dieser Koalitionen für alle Entscheidungsträger der Opposition, die nicht nur kurzfristig ei-

nige Ämter und einen Minimalkonsensus anstreben, sondern auch einen gesellschaftlichen Gegenentwurf ermöglichen, erhalten und ausbauen wollen, mit hoher Wahrscheinlichkeit aus. Alternativ denkbar – und nicht automatisch katastrophal für den Junior-Partner (und damit zustimmungsfähig für verantwortungsvolle Funktionäre sowie bei einem Mitgliederentscheid) – wäre nur eine hart und in langwierigen Verhandlungen ertrachtete Einigung weit jenseits der Grenze objektiver Unverschämtheit.

Was aber dann? Das Parlament ist gewählt, eine Neuwahl bei unmittelbarer politischer Handlungsunfähigkeit ist zwar im Grundgesetz geregelt, aber noch nie vorgekommen (mehr dazu im Verlauf). Die Wahl des Bundeskanzlers ist allerdings klar getrennt von dem Vorliegen einer belastbaren Regierungskoalition.

Teil II: Zum Prozedere der Regierungsbildung – oder was abseits eingetretener Pfade noch alles möglich ist

Zur Wahl eines Bundeskanzlers schlägt der Bundespräsident, also Joachim Gauck, in Wahlphase I einen Kandidaten vor. Dies ist nach aller politischen Konvention die Kanzlerkandidat(in) der stärksten Fraktion, diesmal also Angela Merkel.

Sämtliche Wahlen erfolgen dabei geheim. Sollte Angela Merkel dabei gewählt werden (was angesichts von nur fünf fehlenden Stimmen leicht möglich oder auch durch die Oppositionsfraktionen leicht zu bewerkstelligen ist), so kann sie dieser ihr vom Wählerwillen auferlegten Verantwortung nur noch über eine gezielt verlorene Vertrauensfrage entgehen. Wenn sie also ihre eigene Fraktion bittet, ihr zu „misstrauen“. Dazu später mehr.

In Wahlphase II (wenn es also in Wahlphase I nicht zur Ernennung eines neuen Kanzlers kommt, dieser Fall jedoch trat in der Geschichte der Bundesrepublik bisher noch niemals ein) schlagen je mindestens 25% der Abgeordneten (oder entsprechend große Fraktionen) Kandidaten auf das Kanzleramt vor. Auch hier müsste sich Angela Merkel (oder zumindest ein anderer Unionskandidat) den Abstimmungen stellen.

Erfolgt auch in den beliebig wiederholbaren Wahlgängen in Phase II keine Neuwahl eines Kanzlers, so stimmt der Bundestag noch ein letztes Mal über alle Kandidaten ab, bevor es am Bundespräsidenten (Gauck) ist, entweder Neuwahlen auszurufen oder einen Kandidaten mit nur relativer Mehrheit zum Kanzler

zu ernennen. Womit auch (zunächst einmal) eine Minderheitsregierung entstünde. So nicht im letzten Wahlgang doch noch einer der Kandidaten eine absolute Stimmenmehrheit auf sich vereint.

Im Amt wäre in diesem Fall eine Minderheitsregierung der Union, die sich für alle von ihr politisch im Bundestag angestrebten Abstimmungen fallweise eine Regierungsmehrheit organisieren müsste. Gleichzeitig wäre es der Mehrheitsopposition aus SPD, Grünen und Linkspartei möglich, bei vollständiger Einigkeit untereinander eigene Gesetzesvorhaben durch den Bundestag zu bringen oder die Regierung durch ein konstruktives Misstrauensvotum zu stürzen.

Zu beachten ist auch, dass eine Unions-Minderheitsregierung keine Mehrheit im Bundesrat hätte. Zustimmungspflichtige Gesetze könnten also nur bei einer Verständigung mit den politischen Kräften der Länderkammer tatsächlich verabschiedet werden. Es ist ebenso denkbar, dass alle anderen, so genannten „Einspruchsgesetze“ im Bundesrat nicht nur mit einfacher, sondern mit 2/3-Mehrheit abgelehnt werden. Grundsätzlich müssen im Bundesrat zurückgewiesene Einspruchsgesetze mit einer ebenso großen Mehrheit (also absoluter oder halt 2/3-Mehrheit) erneut beschlossen werden, um dennoch in Kraft treten zu können.

Klar ist jedoch auch, dass der Gestaltungsspielraum einer Mehrheitsopposition dort endet, wo nicht nur alte Gesetze geändert und Neue beschlossen werden müssen, sondern wo zur Durchsetzung umfangreicherer Reformen die aktive Kooperation einer komplett „schwarzen“ Ministerialbürokratie notwendig wäre. Projekte wie der Mindestlohn und die Regulierung von Leiharbeit und Werksverträgen wären durch entsprechende Gesetze leicht umzusetzen, die Umsetzung einer Pflege- oder gar Rentenreform wegen der Unzahl an nötigen, zu erarbeitenden Rechtsausführungsbestimmungen jedoch sehr schwierig.

Bei eher föderal gelagerten Reformen bestünde die Möglichkeit, Teile der Umsetzung in die Bundesländer und deren Verwaltungen zu verweisen, mit der Maßgabe, über den Bundesrat eine bundeseinheitliche Lösung zu finden. Das ist jedoch beileibe kein Allheilmittel und würde die Gefahr von Pannen und Verzögerungen in der Umsetzung entsprechender Reformen erhöhen.

Es ist offensichtlich, dass eine solche Konstellation der Opposition erhebliche

Einfluss- und Mitbestimmungsmöglichkeiten bietet. Eine Minderheitsregierung ist im deutschen Grundgesetz ausdrücklich vorgesehen, jedoch waren bisherige Umsetzungen immer das Resultat zerbrochener Regierungskoalitionen und mehr formal, da unmittelbar Neuwahlen angestrebt oder erzwungen wurden. Auf Ebene der Bundesländer sind sie jedoch nicht unüblich.

Teil III: Warum alle Parteien und auch Frau Merkel damit leben lernen könnten und welche Argumente gegen eine Minderheitsregierung sprechen

Wie bereits oben angedeutet, könnte sich Angela Merkel einer solchen Situation entziehen. Das entsprechende Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 2005 erlaubt verabredungsgemäß verlorene Vertrauensfragen, indem sie die „höchstpersönliche Wahrnehmung“ der Kanzlerin oder des Kanzler bezüglich der aktuellen wie zukünftigen Regierungsfähigkeit zum windelweichen Kriterium der Zulässigkeit einer auf die Auflösung des Bundestages ausgerichteten Vertrauensfrage macht. Der Hintergrund dazu: Kanzler Schröder ließ 2005 den Bundestag vorzeitig per verlorener Vertrauensfrage auflösen, um in einem gewagten und letztlich erfolglosen Manöver die bröckelnde Regierungskoalition durch vorgezogene Neuwahlen zu festigen. Es erfolgte daraufhin eine Neubewertung durch das BVerfG, die insbesondere die Einschätzung des damaligen Bundespräsidenten deckte (oder decken sollte).

Allerdings stellt das Urteil ebenso fest, dass es allen drei befassen Verfassungsorganen – dem Bundeskanzler, dem Deutsche Bundestag und dem Bundespräsidenten – obliege, die Auflösung nach ihrer freien politischen Einschätzung zu verhindern. Dies trage dazu bei, die Verlässlichkeit der Annahme zu sichern, die Bundesregierung habe ihre parlamentarische Handlungsfähigkeit tatsächlich verloren.

Dem Bundespräsidenten kommt damit eine besondere Bedeutung zu. Selbst wenn der Bundestag gleichsam der eigenen Auflösung zustimmt, so ist er in seiner unabhängigen Einschätzung nicht daran gebunden. Eine konstruktive Politik der Opposition, also insbesondere der SPD, gerade auch in außenpolitischen Belangen, könnte und sollte sogar den Bundespräsidenten vor einer anlasslosen Nichtbeachtung des Wählerwillens zurückschrecken lassen.

Wenn also das reine Vorliegen einer Minderheitsregierung nicht schon zu

Neuwahlen führt, so steht der Kanzlerin zur Erzwingung derselben nur noch ein politisches Instrument zur Verfügung: das Verknüpfen der Vertrauensfrage mit einer konkreten Sachentscheidung, also einem Gesetzesvorhaben, welches für die gesamte Opposition absolut unannehmbar ist. Dies ist aber aus zwei Gründen prinzipiell ein stumpfes Schwert. Zum einen ist dieses Vorgehen nur sehr begrenzt wiederholbar, um die eigenen Mandatsträger oder, in diesem Fall, eine missliebige Opposition zu disziplinieren.

Wichtiger ist aber, dass es auch in diesem Fall dem Bundespräsidenten zufällt, bei „verlorener“ Vertrauensfrage über eine damit verbundene Regierungsunfähigkeit zu befinden, rein formal korrekte, auflösungsgerichtete Vertrauensfragen nach Artikel 68 des Grundgesetzes sind dabei explizit ausgenommen.

Zusätzlich ist natürlich dabei auch die Möglichkeit der Opposition zu beachten, derartige (nicht abgesprochene) Gesetzesvorhaben im Bundesrat scheitern zu lassen, nachdem man sie, so sie an Vertrauensfragen geknüpft sind, im Bundestag durchstimmt. Werden sie dort mit 2/3-Mehrheit abgelehnt, so wäre es selbst mittels einer Vertrauensfrage nicht möglich, sie erneut in den Gesetzgebungsprozess einzubringen.

Der Opposition stehen damit hinreichende Möglichkeiten zur Verfügung sich, bei entsprechend konstruktivem eigenen Verhalten, der vorzeitigen Auflösung des Bundestages und damit einhergehenden Neuwahlen zu widersetzen.

Neben den offensichtlichen Vorteilen für die Mehrheitsopposition könnte ein solches Vorgehen jedoch auch der Kanzlerin zupass kommen. Auch wenn es vielleicht nicht sofort offensichtlich ist, so löst ein solches Vorgehen doch einige ihrer beständigsten Probleme und verursacht keine Neuen (siehe dazu Teil IV.).

Als erstes Gegenargument zu dem bisher beschriebenen Szenario ist vermutlich „das ist keine stabile Regierung, dieses Risiko wird keiner eingehen, zumal in Krisenzeiten“ eingängig und vermutlich schon dem einen oder anderen Leser selbst durch den Kopf gegangen. Die Neuartigkeit einer Minderheitsregierung auf Bundesebene soll hier gar nicht bestritten werden, die traditionelle Stabilitätsorientierung aller bisherigen Parlamente hin zu festgefügten Koalitionsblöcken ebenso wenig. Mit allen Begleiterscheinungen, zum Beispiel der ebenso impliziten wie allgegenwärtigen „Koalitionsdisziplin“ bis zur Selbst-

verleugnung der Abgeordneten und der Freiheit ihres Mandates.

So eine Minderheitsregierung jedoch niemals Wirklichkeit werden sollte, so stehen die Chancen dafür momentan außergewöhnlich günstig. Die relative Stärke der Union macht, ebenso wie die seit nunmehr acht Jahren bis ins Extrem gesteigerte Staatsverantwortung der SPD, eine Beschlussunfähigkeit in wirklich wichtigen und dringenden Sachfragen, gerade in der Außen-, Sicherheits- und Europapolitik, sehr unwahrscheinlich. Die maßgeblichen Akteure kennen sich bereits aus der schwarz-roten Koalition und haben, wenn da auch nur wenig persönliche Sympathien vorliegen mögen, doch gezeigt, dass sie zielorientiert und geräuschlos miteinander arbeiten können. Entsprechende Absprachen ließen sich, analog zum ebenso inoffiziellen „Koalitionsausschuss“ in Regierungen traditionellen Zuschnitts, gegebenenfalls in kleiner Runde treffen.

Ein weiteres Gegenargument ist die Einschätzung Deutschlands als „unzuverlässig“ oder „instabil“ durch das Ausland, egal ob durch wichtige Akteure in den G20 oder die europäischen Nachbarn. Auch dabei wäre die personelle Kontinuität sehr hilfreich. Die Akteure der SPD (und die Partei an sich) sind den Regierenden zum Großteil bekannt und damit berechenbar, je nach Ausgang der Neubesetzung grüner Schlüsselpositionen trifft dies auch – mit Abstrichen – auf die grünen Führungsspitzen zu. Einer zurückhaltenden und kooperativen deutschen Außenpolitik steht somit nichts im Wege, da die Unterschiede in den Parteipositionen nicht fundamental und die Zustimmung der Opposition mittels einiger Konzessionen immer erreichbar ist.

Es sei ferner darauf hingewiesen, dass Minderheitsregierungen bei auf dem Verhältniswahlrecht basierenden Parlamenten keine Seltenheit sind. Insbesondere im europäischen Kontext ist der Umgang damit durch die langjährig stabile Praxis von Minderheitsregierungen in Skandinavien vertraut.

Rational spricht also einiges für genau diesen Kurs. Schwieriger ist der Umgang mit den Zweifeln und Befindlichkeiten der Bürger. Die deutsche Bevölkerung müsste, damit dieser Wandel wenigstens von ihr hingenommen, später vielleicht auch akzeptiert würde, durch führende Kräfte aller politischen Parteien eine Zusage des guten Willens und der Sachorientierung erhalten. Dies ist ähnlich der gemeinsamen Fernsehansprache von

2008 bezüglich der Sicherheit deutscher Spareinlagen durch Angela Merkel und Peer Steinbrück denkbar.

Eine Durchsetzung einer Minderheitsregierung ohne Absprache mit der Union (respektive der Kanzlerin) wäre insofern eher ein kurzes Intermezzo, gefolgt von einer Auflösung des Bundestages. Ob die in der Zwischenzeit erzielbaren Gewinne (unter anderem: Mindestlohn, neues Rentenkonzept, eher kleinteilige Reformen wie die Kennzeichnungspflicht für Polizisten oder ein Gesetz, das endlich die Abgeordnetenbestechung regelt) den erwartbaren Ärger des Elektorates über ein solches Husarenstück wert wären, soll hier nicht bewertet werden. Es ist aber auch nicht das Szenario dieses Artikels.

Auch wenn also mit großer, wenn auch sachlich unbegründeter Skepsis der Bürger bei der einvernehmlichen Konstitution einer Minderheitsregierung zu rechnen ist, wer, wenn nicht die als so überparteilich und vertrauenswürdig angesehene Angela Merkel und die solide-langweilige Führung der Sozialdemokratie sollten dem Volk seine Ängste nehmen und diese Weiterentwicklung unserer Demokratie beruhigend begleiten können?

Teil IV: Minderheitsregierung – Vor- und Nachteile für Union und Opposition

Für die Union ergeben sich einige Vorteile, die jedoch nicht exklusiv für eine Minderheitsregierung sein müssen. Zunächst vermeidet man im Fall, dass weder SPD noch Grüne zur Koalition bereit sind (Wahrscheinlichkeit dafür, siehe Teil I), die Schmach einer Neuwahl bei einem so überwältigend starken Unionsergebnis. Und damit auch die Gefahr einer absoluten Mehrheit für die Union. Bei dieser würde nämlich der Wähler zu recht ein ambitioniertes Programm erwarten, da abseits des Bundesrates keinerlei Hinderungsgrund bestünde. Wie dies jedoch der Union in Abwesenheit bereits vorgeplanter Reformvorhaben mit einer eigenen, knappen Mehrheit gelingen soll, ist fraglich. Auch die Etablierung der AfD „rechts“ von der Union wird zumindest aufgeschoben, eine so öffentlich wirksame Plattform bleibt ihr verschlossen. Und vielleicht löst sich dieses Problem ja im Laufe der kommenden Legislaturperiode auch auf...

Längerfristig hat ein solches Überkommen jedoch weitere Vorteile. Die wohl zwingende gesellschaftliche Modernisierung ließe sich, statt über die Ordnern des Bundesverfassungsgerichtes, durch die Mehrheitsopposition

einleiten, ohne dass die Union ihre Position dazu überhaupt revidieren müsste. Ob die Gleichberechtigung homosexueller Lebenspartnerschaften, deren Verweigerung die Kanzlerin im Wahlkampf in ernste Erklärungsschwierigkeiten brachte, oder die Abschaffung des von ihr selbst ungeliebten Betreuungsgeldes, stets stünde dafür eine Mehrheit der Opposition bereit. Auch ließe sich auf diese Weise der häufig anstrengende Politikstil eines Horst Seehofer abfedern, die Kanzlerin könnte mithin ihre bisherige Rolle in den Regierungsgeschäften ausbauen, als frei schwebende Mittlerin von Interessen, weit entrückt den Ebenen der Tagespolitik.

In der Europapolitik würde wohl weitgehende Kontinuität herrschen. Nach der „staatstragenden“ Politik der SPD in den letzten Jahren befindet sich die SPD in einer Lage, in der sie, gleich ob in einer schwarz-roten Koalition oder im hier behandelten Szenario, die bisherige austeritätslastige Rettungspolitik der Kanzlerin wohl etwas korrigieren, aber nicht grundsätzlich hinterfragen oder gar von Grund auf neu gestalten kann. Das mag eine schlechte Neuigkeit für ganz Europa sein, ist aber ganz im Sinne der Union und von Frau Merkel.

Nachteilig wäre für die Kanzlerin, dass sie als führungsschwach wahrgenommen werden könnte. Für die Union insgesamt besteht die Möglichkeit, dass die eigenen Regierungsaktivitäten gegenüber den durchgesetzten Vorhaben der Mehrheitsopposition abfallen, die Union also als perspektivlos und frei von konkreten Vorhaben empfunden wird. Das ist aber immer ein dem Konservativismus immanentes Problem.

Rebellionen konservativer Abgeordneter, zumal im Fall einer sich etablierenden AfD, sind natürlich auch möglich. Ob sie aber in diesem Szenario wahrscheinlicher sind, bleibt unklar und situationsabhängig. Es sei aber darauf hingewiesen, dass gerade in außen- und europapolitischen Fragen die SPD auch schon zur Zeit der schwarz-gelben Koalition bereit war, nicht stehende Kanzlerinnenmehrheiten zu stützen.

Für SPD, Grüne und Linke sind die Vorteile noch offensichtlicher: Eben noch deklariert oder gar unter den deutlichen Verlierer dieser Wahl, so bestünde damit die Möglichkeit, eigene programmatische Vorhaben gemeinsam umzusetzen. Das brächte nicht nur Glaubwürdigkeit bei den noch vorhandenen und den enttäuschten Anhängern zurück, es

wäre auch für die jeweilige Parteibasis ungleich motivierender, als eine Außen-seiter-Opposition ohne Chance auf Änderung der Verhältnisse oder auch eine potentiell fatale Koalitionsregierung mit einem übermächtigen „Partner“.

Auch ein zukünftig mögliches rot-rot-grünes Projekt würde so ungleich realistischer werden. Eine Verständigung und Annäherung der Parteien untereinander wäre unabdingbar für jeden Erfolg. Maximalforderungen und ein immer noch vergiftetes Verhältnis zwischen Westlinken und SPD ließen sich in einer Situation, in der man sich exklusiv auf gemeinsame Ziel und Projekte beschränken könnte, ungleich leichter abbauen, als in einer formalen Koalitionssituation.

Nachteilig wäre vor allem das Scheitern eines solchen Experiments. Das trifft natürlich besonders auf die SPD zu, die als Garant für die Stabilität einer Minderheitsregierung herangezogen werden würde. So sich aber die Grünen nicht in eine Koalition mit der Union drängen lassen (mit allen mittelfristigen Folgen für die strategische Mehrheitsfähigkeit einer Mitte-links-Regierung), erscheint dieses Risiko aber beherrschbarer als das vermutbare Ende einer erneuten „großen“ Koalition, in der die SPD Gefahr läuft, zur reinen Funktions- und Mehrheitsbeschaffungspartei zu degenerieren.

Was nicht nur für die SPD, ihre Funktionäre und Anhänger fatal wäre, sondern für alle Menschen in diesem Land, die nicht genuin konservative Politik befürworten (oder was unter Kanzlerin Merkel dafür durchgeht). Keine andere politische Kraft hätte die Verwurzelung, die Glaubwürdigkeit und das emotionale Kapital, um in Wählerschichten, die sich von einer solchen Sozialdemokratie abgewendet haben und noch würden, großflächig zu punkten. Und das auf lange Sicht.

Aber auch für Grüne ist die Umsetzung zentraler Wahlvorhaben wichtig für das Selbstbild der Partei und die Motivation der eigenen Basis. Wie es sich dazu bei den Anhängern der Linken verhält, das kann der Autor nicht mit für ihn befriedigender Sicherheit angeben. Erforderliche Kompromisse (wenn den irgendwas passieren soll) könnten jedoch sicherlich Sympathien kosten. In diesem Sinne bleibt da nur zu hoffen, dass der Ausspruch von Gregor Gysi, „es komme nicht so sehr auf die Länge der Schritte, sondern auf die eingeschlagene Richtung an“, den politischen Praxistest überdauert.

Die Schaffung einer Minderheitsregierung würde in der politischen Praxis, wie

bereits in Teil II dargelegt, darauf hinauslaufen, das es sowohl Opposition wie auch Regierung möglich wäre, Neuwahlen per verabredet verlorener Vertrauensfrage resp. konstruktivem Misstrauensvotum zu erzwingen. Dies ist aber vor allem für Merkel interessant, erlaubt es ihr doch, den Bundestag zu einem ihr genehmen Zeitpunkt aufzulösen. Dies könnte nur dadurch vermieden werden, das die gesamte Opposition ihr in einem solchen Fall geschlossen das Vertrauen ausspräche. Was ein ebenso paradoxes wie schwer zu realisierendes Ereignis wäre. Damit begibt sich die Opposition, so sie sich nicht auf eine wirklich unabhängige Beurteilung der Regierungsfähigkeit durch den Bundespräsidenten verlassen kann, bezüglich der Länge dieser Zusammenarbeit voll in

die Hände der Bundeskanzlerin. Das kann als universaler Nachteil für alle Oppositionsfractionen gewertet werden.

Teil V: Fazit und „tl;dr“

Ich hoffe im Verlauf dieser Ausführungen einige Einwände zerstreut zu haben. Egal ob als strategische Option der jetzigen Oppositionsparteien oder taktische Drohung zum Erzwingen von Zugeständnissen vor dem Eingehen einer Koalition - diskutiert gehört diese Idee. Und zwar ergebnisoffen. Gerade ob des von Politikern fast aller Parteien beschworenen „großen Grundkonsenses“ in Sachen Politik- und Staatsverständnis sollte eine solche Minderheitsregierung ein zumindest prinzipiell auch praktisch gangbarer Weg in einer entwickelten und reifen Demokratie sein!



Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Möhrendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:

- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Beratungstermine

.....

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr im E-Werk an der Fuchsenwiese, Gruppenraum 2 (3. Stock)

.....

Jeden ersten Montag im Monat von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune, Odenwaldallee 2

.....

Jeden ersten Donnerstag im Monat von 17.00 - 19.00 Uhr im Begegnungszentrum Fröbelstr. 6, Stadtteil Bruck

.....

Während des Semesters jeden Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr im Sprecherrat, Turnstraße 7

.....

Ansonsten nach telefonischer Vereinbarung, Tel.: 43226 (Montag bis Freitag von 9.00 - 12.00 Uhr)

.....

Wir bieten

- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

Liebe Genossinnen und Genossen,
unsere nächste Distriktsitzung findet
statt am

**Dienstag, 15. Oktober,
19:30 Uhr, Angerwirt
(Guhmanstraße 10)**

Auf dieser Sitzung werden wir die Bundes- und Landtagswahlen nachbesprechen und uns überlegen, welche Veranstaltungen man im Anger und in Bruck mit Bezug auf die Kommunalwahl organisieren könnte.

Solidarische Grüße
Munib

■ Distrikt Anger-Bruck

Vorsitzender:
Munib Agha
munib_gha@hotmail.com

Liebe Genossinnen und Genossen,
unser nächstes Distriktstreffen ist am

**Dienstag, 15. Oktober,
19 Uhr, Schützenhaus**

Tagesordnung:
wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand
Manfred Jelden

■ Distrikt Eltersdorf

Vorsitzender:
Manfred Jelden
Telefon: 601333
manfred.jelden@nefkom.net

Liebe Genossinnen und Genossen,
nach den Wahlen ist vor der Kommunalwahl. Wir treffen uns am

**Dienstag, 8. Oktober,
20 Uhr, TSV Frauenaaurach**

um die Planungen und Aktionen zu besprechen.

Tagesordnung:
1. Rückblick Wahlen
2. Kommunalwahl – Aktionen und Stadtteilprogramm
3. Verschiedenes

Für den Vorstand
Gabi Dorn-Dohmstreich

■ Distrikt Frauenaaurach

Vorsitzende:
Gabi Dorn-Dohmstreich
Telefon: 992114
gabi.dorn-dohmstreich@franken-online.de

Liebe Distriktsmitglieder,
unsere nächste Distriktsitzung ist am

**Dienstag, 19. November,
20 Uhr, „Kulisse“ (Theaterstraße), Nebenraum**

Die Tagesordnung beschließen wir vor Ort.

Wir freuen uns auf zahlreiches Erscheinen.

Für den Vorstand,
Michael Zimmermann

■ Distrikt Innenstadt

Vorsitzender:
Michael Zimmermann
Telefon: 699118
zi-mi@web.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

**Distriktsversammlung
am Mittwoch, 16. Oktober,
19 Uhr, neue Räumlichkeiten der AWO (Allee am Röthelheimpark 60)**

Vorläufige Tagesordnung
1. Aktuelles (Bundespolitik usw.)
2. Rückblick auf die Landtags- und Bundestagswahlen
3. Berichte aus Stadtteilen und dem Stadtrat
4. Besprechung der Publikation kommunalpolitische Forderungen des Distrikts

Mit solidarischen Grüßen
Christofer Zwanzig und Birgit Hartwig

■ Distrikt Ost

Vorsitzender:
Christofer Zwanzig
Telefon: 4003764
christofer@zwanzig-online.de

■ **aus den Distrikten**

■ **Distrikt Süd**

Vorsitzende:
Brigitte Rohr

Kontakt:

Dr. Andreas Richter
andreas.m.j.richter@web.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
unsere nächste Distriktsversammlung
ist am

**Mittwoch, 9. Oktober,
19 Uhr, Biergarten Röthel-
heim (Am Röthelheim 40c)**

Als **Tagesordnung** ist vorgeschlagen:
1. Planung Kommunalwahlkampf, u.a.
Distriktszeitung/-flyer
2. Aktuelle Themen aus dem Distrikt
3. Sonstiges

Mit solidarischen Grüßen
Dr. Andreas Richter
Stellv. Vorsitzender

■ **Distrikt Tennenlohe**

Vorsitzender:

Rolf Schowalter
Telefon: 601924
rolfschowalter@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

**Distriktsversammlung
am Dienstag, 8. Oktober,
20 Uhr, Schlossgaststätte**

Tagesordnung:

- 1) Aktuelles
- 2) Situation der Stadtteilerwas mit An-
schauungsmaterialien
- 3) Analyse der Ergebnisse der Landtags-,
Bezirkstags- und Bundestagswahlen
in Erlangen und den vier Tennenloher
Wahlbezirken. Konsequenzen.
- 4) Strategie für die Kommunalwahl
- 5) Entwicklung des Ortsteilprogramms.
- 6) Verschiedenes

Ebenfalls laden wir euch alle und die Ge-
nossinnen und Genossen aus ganz Er-

langen recht herzlich ein zum

**Gansessen bei Fritz Klein
im „Schlößla“ (d.i. Schloß-
gaststätte)
am Sonntag, 10. Novem-
ber, 12 Uhr**

Der Distrikt freut sich auf euer Erschei-
nen und auf gute Gespräche. Bitte eine
kurze telefonische Mitteilung oder E-
Mail bis zum 6. November an mich.

Weitere Ankündigungen:

Distriktsversammlungen am 12.11.(wahr-
scheinlich anderer Tagungsort!!)

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

■ **Distrikt West**

Vorsitzender:

Gerd Peters
Telefon: 44366
gerd.peters-er@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
Wir laden ein zu unserem nächsten

**Distriktstreffen
am Mittwoch, 16. Okto-
ber, 20 Uhr, Gasthof „Zur
Einkehr“ (Güthlein)**

Folgende Tagesordnung ist vorgesehen:

1. Nach Landtags- und Bundestagswahl:
Bewertungen und künftige Strategie
2. Berichte aus Kreisvorstand, Stadt-
ratsfraktion und Ortsbeirat
3. Distrikt West im kommenden Kom-
munalwahlkampf
4. Verschiedenes

Eigentlich gibt es viele wichtige Dinge,
über die wir reden sollten. Wenn Ihr das
auch findet, solltet Ihr die Gelegenheit
nutzen und kommen.

Ebenso herzlich laden wir gemeinsam
mit dem Kreisverband und unserem
Oberbürgermeister-Kandidaten Dr. Flo-
rian Janik ein zu einer

**Dialogveranstaltung
am Montag, 28. Oktober,
18 Uhr im Gasthof „Zur
Einkehr“ (Güthlein)**

Es geht dabei um Bauliche Verdichtung
(Schwerpunkt Würzburger Ring) und
energetische Sanierung in Büchenbach-
Nord.

Zugesagt haben Florian Janik, Diet-
mar Hahlweg, Frau Bosch (Autorin der
Modellstudie) und Josef Weber (Bau- und
Planungsreferent der Stadt). Anlass ist
eine Modellstudie, die im Mai im Bau
und Planungsausschuss der Stadt vorge-
stellt wurde und die dargestellt hat, dass

im Bereich Würzburger Ring und Umfeld Platz für zusätzliche 40.000qm Wohn- und Büroflächen besteht. Das wären mindestens 450 zusätzliche Wohnungen.

In den Monaten Juni und Juli haben wir uns bereits mit dem Thema im Distrikt beschäftigt und im Juli einen Beschluss zum Thema gefasst (vgl. MS

September). Noch immer ist das Thema nicht vom Tisch. Aus diesem Grunde möchten wir die Bürgerschaft informieren, mit ihr diskutieren und für unseren Beschluss werben.

Im Auftrag des Vorstands
Gerd Peters

Liebe Genossinnen und Genossen,
zum nächsten Termin lädt der Vorstand der AG60 plus herzlich ein und freut sich auf euer Kommen:

Mittwoch, 16. Oktober, 15 Uhr, August-Bebel-Haus

Tagesordnung

1. Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
2. Aktuelles
3. Diskussion des Wahlergebnis im Bund
4. Wie unterstützt 60plus die Kommunalwahl in Erlangen
5. Verschiedenes

Im Namen des Vorstands
Hartmut Wiechert

Protokoll der Versammlung vom 18. September

1. Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung

In Abwesenheit des Vorsitzenden Hartmut Wiechert begrüßt H. Aichele die Anwesenden und übernimmt die Leitung der Sitzung. Das Protokoll der Sitzung vom 17. Juli 2013 wurde genehmigt.

2. Aktuelles

Wolfgang berichtet über das Pflegesystem in Dänemark. Er war vor kurzem dort und war sehr erstaunt, als er erfuhr, dass es dort keine Seniorenheime und

keine Pflegeheime, sondern nur ambulante Pflege im häuslichen Umfeld gibt. Außerdem gibt es keine niedergelassenen Ärzte, sondern nur Polikliniken.

3. Diskussion des Wahlergebnisses zur Landtagswahl in Bayern

Wolfgang hatte eine sehr detaillierte Wahlanalyse des Ergebnisses aus Erlangen erstellt. Daraus ging hervor, dass in den problembelasteten Vierteln die Wahl-Beteiligung eher gering war und es erstaunlich ist, dass dort die SPD nicht so zugenommen hat wie erwartet.

4. Wie unterstützt 60plus die Kommunalwahl in Erlangen

Kontaktaufnahme mit den nominierten Stadtrat kandidatinnen Sandra Radue und Dr. Annette Christian. Sie waren im Juli schon mal bei 60plus um sich mit uns verschiedenen Themen auszutauschen. Zwei der wichtigsten Themen sind nach wie vor bezahlbarer Wohnraum und Pflege, sowie allgemein die Gesundheitspolitik im Zuge des demographischen Wandels.

5. Verschiedenes

Bei der Diskussion zu Punkt 4 stand die Stadtentwicklungsplanung und auch die Förderung der lange Zeit belächelten Genossenschaftsideen im Mittelpunkt.

Silke bringt Frau Schönhardt ein Exemplar des Monatsspiegels, da dort der Bericht über die Besichtigung der altersgerechten Wohnung, in der Frau Schönhardt lebt, abgedruckt ist.

Ruth Sych

Liebe Genossinnen und Genossen,
unsere kommenden Sitzungen finden

- am 8. Oktober
- am 22. Oktober

jeweils um 20 Uhr im August-Bebel-Haus, Friedrich-List-Straße 5 (hinterer Eingang) statt. Die Tagesordnung wird rechtzeitig über den Verteiler bekannt gegeben.

Voraussichtlich am Dienstag, 5. November findet unsere Jahreshauptversammlung im Orpheus um 20 Uhr statt. Die Einladung wird rechtzeitig per Post versendet.

Rote Grüße
Munib

AG 60plus

Vorsitzender:

Hartmut Wiechert

Telefon: 991232

hartmut.wiechert@gmx.de

Jusos

Vorsitzender:

Munib Agha

munib_gha@hotmail.com

Impressionen aus dem Wahlkampf-Endspurt



Hingucker I: Der rote Doppeldecker-Bus am Hugo



Hingucker II: Der Juso-Bus, hier noch beim Aufbau



Eine der Attraktionen am Juso-Bus: Nazis wegkeln!



Bis weit in den Abend hinein war am Juso-Bus Betrieb



Schultüten-Verteilung am Samstag vor Schulbeginn



Das ganz normale Geschäft: Infostand am Hugenottenplatz

Alle Fotos: Günter Laurer